

PRESSEMITTEILUNG 103 – 11.06.2025

Kianusch Stender

Die Landesregierung muss die Forschung und Lehre an der Europa-Universität Flensburg sicherstellen!

Zur angespannten Finanzsituation und dem drohenden Stellenabbau an der Europa-Universität Flensburg sagt der Flensburger SPD-Abgeordnete Kianusch Stender:

„Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Der Stellenabbau, der den Mitarbeitenden bzw. potentiellen Mitarbeitenden der EUF durch den Stopp von Besetzungs- und Vertragsverlängerungsverfahren droht, könnte 44 wissenschaftliche Mitarbeitende treffen und damit über 15% des Mittelbaus, sowie 2 Professuren. Es ist absolut schleierhaft, wie die EUF Forschung und Lehre im gleichen Umfang und in gleicher Qualität wie zuvor mit nur noch 85% des Mittelbaus leisten soll.“

Eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zeigte bereits Anfang des Jahres, dass die EUF je Studierende 5.070€ Grundfinanzierung weniger als im Bundesdurchschnitt bekommt. An diesen Mitteln nun zwecks Haushaltskonsolidierung weiter zu reduzieren, kann nicht gut enden. Weder für die Studierenden, noch für die Mitarbeitenden an der Uni oder den Hochschulstandort Flensburg.“

Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, ergänzt im Hinblick auf die dortige Lehramtsausbildung:

„Erneut beweist die Günther-Regierung, dass Bildung keine Priorität für sie hat. Von den Auswirkungen dieser Stellenstreichungen wird vor allem die Lehramtsausbildung betroffen sein. Von den unbesetzten Stellen, die nun wohl nicht besetzt werden können, liegen 32 Stellen des wissenschaftlichen Mittelbaus und beide Professuren im Bereich der Lehramtsausbildung. Ein Stellenabbau in diesem Maße und die daraus folgenden Konsequenzen für die Lehramtsausbildung konterkarieren jegliche Bemühungen, dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Denn an der EUF stellen Lehramtsstudierende „einen überwiegenden Anteil des Studienangebots dar“, wie die Regierung selbst schreibt. Genau das scheint für die EUF nun aber eine Ursache für die zukünftigen Finanzsorgen zu sein. In der letzten Bildungsausschusssitzung berichtete das Bildungsministerium bereits, dass Lehramtsstudierende im neuen Modell zur Hochschulfinanzierung als günstiger im Vergleich zu Fachstudierenden berücksichtigt wurden. Auf Nachfrage zeigte sich nun: es wurde nur das Erstfach der Lehramtsstudierenden berücksichtigt, nicht das Zweitfach, keine Zeiten erhöhter Betreuungsbedarfe wie das Praxissemester oder ggfs. vorhandene Drittfächer. Dabei kostet auch das alles Geld. Der Versuch der Günther-Regierung, der Presseberichtserstattung dazu im letzten Monat durch eine „Sonderfinanzierung“ zu entgegen, entpuppte sich zudem als Nebelkerze, da es sich lediglich um die Fortführung einer bereits bestehenden Finanzierung handelt.“

In aller Deutlichkeit: Die Landesregierung will die Grundfinanzierung der Hochschulen neu regeln und legt in der Grundfinanzierung die Axt an die Ausbildung von Lehrkräften.

Die von der Landesregierung formulierte Erwartung „sowohl qualitativer als auch quantitativer positiver Effekte in der Lehrkräfteausbildung“ durch die Umstellung des neuen Grundfinanzierungskonzepts erweist sich so als kaum glaubhaft.“

Material:

Kleine Anfrage Grundfinanzierung unserer Hochschulen – Drucksache 20/2794

Kleine Anfrage Drohender Stellenabbau und Finanzierung der EUF – Drucksache 20/3249

Kleine Anfrage Finanzierung der Allianz für Lehrkräftebildung – Drucksache 20/3262